

Musterstellungnahme zur kommunalen Wärmeplanung

Die Bundesregierung hat mit Verabschiedung des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) alle deutschen Städte dazu verpflichtet, einen Wärmeplan zu erstellen. Dieser Plan soll Grundlage für klimaneutrales Heizen im gesamten Stadtgebiet bis spätestens 2045 sein. Städte mit über 100.000 Einwohner:innen müssen den Plan bis Mitte 2026 vorlegen, kleinere Städte bis Mitte 2028.

Die Städte sind nicht verpflichtet, diese Pläne in die Tat umzusetzen. Oft sind es Stadtwerke oder große Energieversorger, die für die Bereitstellung von Wärmenetzen, Gasnetzen oder Wärmepumpenstrom zuständig sind. Auch sie sind aber nicht an den Wärmeplan gebunden. Nichtsdestotrotz ist das Erstellen der Wärmepläne ein wichtiger strategischer Schritt, bei dem untersucht wird, wie in den einzelnen Stadtgebieten in Zukunft klimaneutral geheizt werden kann – also ohne Kohle, Öl und Erdgas. Eine wichtige Aussage für viele Bürger:innen ist, ob zukünftig der Anschluss an ein Wärmenetz möglich ist.

Als Umweltgruppe bietet es sich in jedem Fall an, eine oder mehrere Stellungnahmen zum kommunalen Wärmeplan einzureichen und zu veröffentlichen. Laut Gesetz ist die Stadt allerdings nur verpflichtet, am Ende der Wärmeplanung einmalig 30 Tage Zeit für Stellungnahmen zu geben, bevor der Plan im Stadtrat zur Abstimmung gestellt wird. Einige Städte veröffentlichen jedoch auch Zwischenergebnisse aus der Bestandsanalyse, der Potenzialanalyse oder dem Zielszenario, die Anlass zum Kommentieren bieten. Außerdem veranstalten viele Städte öffentliche Informationsveranstaltungen, bei denen Bürger:innen sich einbringen können.

Wir möchten euch in diesem Dokument Anregungen für das Verfassen einer Stellungnahme geben. Mit den folgenden Textbausteinen haben wir versucht, die wichtigsten Knackpunkte für einen guten Wärmeplan zu erfassen. Für jedes Thema machen wir Vorschläge, wie eine Kritik oder auch ein Lob am Wärmeplan in eurer Stadt formuliert werden könnte. Wir erheben natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit – und ihr könnt selbst entscheiden, welche Textbausteine ihr nutzen, umschreiben oder umstellen wollt.

GREENPEACE



**Umweltinstitut
München e.V.**

 **Local
Zero**

So erstellt ihr die Stellungnahme mithilfe der Vorlage:

- Wir schlagen euch vor, die Stellungnahme in vier Teile zu gliedern. Die Einleitungstexte dazu könnt ihr jeweils übernehmen:
 - Einleitung/Generelles
 - Echte erneuerbare Wärmenetze und Speicher nutzen
 - Integrierte Planung verankern
 - Sozialverträgliche Wärmewende sicherstellen

- *In Kursivschrift stehen die übergeordneten Fragen, quasi als "Regie-Fragen" für euch. Die solltet ihr euch nicht rauskopieren und nicht in die Stellungnahme integrieren.*

- GELB hinterlegt sind die Teile, für die es von euch eine kleine Recherche im Wärmeplan braucht.
 - Einige Recherchen funktionieren nach dem JA/NEIN-Prinzip: Wenn der Punkt im Wärmeplan erfüllt ist, könnt ihr den Ja-Text als Ausgangspunkt nehmen, gibt es größere Mängel, nehmt ihr den Nein-Text.
 - Bei anderen GELBEN Lücken fügt ihr euren Kommunen-Namen ein oder passt den Text je nach lokaler Gegebenheit an, z.B. hinsichtlich des lokalen Klimaziels.

Einleitungstext für die Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

[die lokale Klimainitiative .../Organisationsname] nimmt im Folgenden Stellung zur kommunalen Wärmeplanung der Stadt [Name einfügen].

Einleitung/Generelles (z.B.)

- Wir begrüßen, dass die Stadt mit der Fertigstellung des Wärmeplans eine klare Richtung für die Entwicklung der Wärmegewinnung in [Stadtname] vorgibt.
- Jetzt gilt es, die enthaltenen Maßnahmen zeitnah und verbindlich umzusetzen, sowie Bürger:innen mit wirksamer Öffentlichkeitsarbeit über die Vorgaben, Rahmenbedingungen und Ziele zu informieren.
- Wir kritisieren jedoch, dass das angestrebte Zieljahr 2045 nicht mit dem Klimaneutralitätsziel von [Stadtname] übereinstimmt.
- Die unabhängige Erarbeitung des Wärmeplans durch [Dienstleister einfügen/ oder die Stadtverwaltung] begrüßen wir. / Da die Erarbeitung des Wärmeplans allein von den [Stadtwerken Stadtname/ Energieversorger] vorgenommen wurde, ist davon auszugehen, dass ihre Interessen überproportional eingeflossen sind. Eine unabhängige Beurteilung durch außenstehende Expert:innen fehlt somit.

Echte erneuerbare Wärmenetze inklusive Speicher nutzen

Die in der Wärmeplanung angestrebten Wärmequellen müssen im Einklang mit Klima-, Natur- und Ressourcenschutz stehen. Das bedeutet, dass Kommunen für ihre Wärmeversorgung vor allem auf (Groß-)Wärmepumpen, Geothermie, Solarthermie und unvermeidbare Abwärmepotenziale setzen sollten. Gerade auch bestehende Wärmenetze müssen von fossilen auf echte erneuerbare Energien umgestellt werden. Zudem hängt eine erfolgreiche Wärmewende stark davon ab, dass es uns gelingt, jahres- und tageszeitliche Leistungsschwankungen auszugleichen. Dafür brauchen wir Speicherlösungen wie Erdbeckenspeicher, Aquiferspeicher und Warmwassertanks sowie Power-to-Heat-Anlagen.

Sätze zur Prüfung:

- *Sind die Potenziale der Wärmeerzeugung mit erneuerbaren Energien aus der Potenzialanalyse in dem Zielszenario repräsentiert? Wurden Wärmespeicher geprüft und berücksichtigt?*
 - **Ja:** Wir begrüßen, dass die in der Potenzialanalyse ermittelten Möglichkeiten zur Wärmeerzeugung mit erneuerbaren Energien gut ausgeschöpft werden und sich im Zielszenario wiederfinden. Auch die Planung von großen Wärmespeichern ist essentiell, da die Umstellung der Fernwärmeerzeugung auf erneuerbare Energien meistens nur mit Hilfe solcher Speicher möglich ist.

- **Nein:** Um die Wärmeversorgung auf 100% echte erneuerbare Energien umzustellen, ist es nötig, die ermittelten Potenziale tatsächlich zu nutzen – diese sollten sich entsprechend im Zielszenario wiederfinden. Hier fordern wir Nachbesserungen, um die Grundlage für eine wirklich klimafreundliche Wärmeversorgung als Ziel zu schaffen.
 - *Wenig erneuerbare Potenziale im Zielszenario umgesetzt:* Viele der in der Potenzialanalyse identifizierten erneuerbaren Potenziale zur Dekarbonisierung der Fernwärme finden sich nicht im Zielszenario [einzelne Technologien wie Geothermie, Abwasser, Abwärme etc. nennen]. Stattdessen verbleiben im Zielszenario viele potenziell fossile bzw. Emissionen verursachende Energieträger wie Müllverbrennung, Wasserstoff oder Biomasse. Dies ist vor dem Hintergrund der angestrebten Klimaneutralität bis 2045 [2035, 2040] nicht akzeptabel.
 - Auch sind bisher [keine, keine großen, zu wenig] Wärmespeicher in dem Konzept geprüft und berücksichtigt – da die Umstellung der Fernwärmeerzeugung auf erneuerbare Energien aber meistens nur mit Hilfe solcher Speicher möglich ist, sind diese essentiell und sollten mit aufgenommen werden.
- *Basiert die angestrebte zukünftige Wärmeversorgung auf dem Grundsatz “Die Zukunft ist elektrisch” – also Techniken wie (Groß-)Wärmepumpen statt Verbrennungsprozessen?*
 - **Ja:** Kommunen sollten ihre Wärmeversorgung zukünftig auf Basis erneuerbarer Wärmequellen der Umwelt und mit Hilfe von elektrischer Energie gestalten. Wir befürworten, dass Verbrennungsprozesse vermieden werden, denn diese bedeuten in der Regel klimaschädliche Emissionen.
 - **Nein:** Die Wärmeplanung setzt leider weiter auf Verbrennungsprozesse – doch diese bedeuten in der Regel klimaschädliche Emissionen und sollten bei der Wärmeversorgung der Zukunft vermieden werden. Die Müllmenge wird bei angestrebter Kreislaufwirtschaft zukünftig abnehmen, entsprechend sollte keine Steigerung, sondern eher eine perspektivische Senkung der Müllverbrennung angenommen werden. Die Verbrennung von Biomasse und Biogas ist aus Klima- und Naturschutzgründen ausschließlich in geringen Mengen und unter strikter Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien zulässig, wenn bereits alle anderen Potenziale ausgeschöpft sind. Aus erneuerbaren Energien hergestellter Wasserstoff wird absehbar teuer bleiben und insgesamt nur sehr begrenzt verfügbar sein. Wir fordern die Kommune auf, stattdessen auf Wärmequellen wie (Groß-)Wärmepumpen,

Geothermie, Solarthermie und unvermeidbare Abwärmepotenziale zu setzen, ergänzt durch Speicherlösungen.

- *Wird im großen Maßstab mit dem Einsatz von Wasserstoff und/oder Biomasse bei der Wärmeerzeugung für Wärmenetze geplant?*
 - **Ja:** Weder Wasserstoff noch Biomasse sollten in größerem Maßstab für die Wärmeerzeugung genutzt werden – sie sollten auch bei Wärmenetzen, wenn überhaupt, nur eine Nischenlösung darstellen. Wasserstoff wird bisher weltweit zu 99% aus fossilen Brennstoffen hergestellt und ist damit ebenfalls klimaschädlich. Falls Wasserstoff in geringen Mengen für zentrale Wärmeerzeugung eingeplant wird, dann sollte er regional aus erneuerbaren Energien produziert werden. Doch dieser “grüne” Wasserstoff wird absehbar teuer bleiben, die Verfügbarkeit ist unsicher (wenn, dann in nur sehr geringen Mengen) und darf entsprechend nur punktuell an Tagen mit extremem Wärmebedarf als Brennstoff für die Fernwärmeerzeugung dienen. Auch die industrielle Verbrennung von Biomasse bewerten wir negativ – dies ist nicht klimaneutral, und unsere Ökosysteme sind bereits jetzt massiv unter Druck. Biogene Brennstoffe sollten vom äußersten Ende der Nutzungskaskade und aus der Region stammen. Auch wird aus dem Wärmeplan nicht ersichtlich, ob eine mehrfache Verplanung der möglicherweise verfügbaren Biomasse in den Nachbarkreisen/-städten ausgeschlossen ist.
 - **Nein:** Der Wärmeplan beachtet, dass (grüner) Wasserstoff und Biomasse nur als Nischenlösung bei der Wärmeerzeugung für Wärmenetze zu sehen sind und plant dies richtigerweise nicht **[groß]** ein. Wenn, dann sollten nur aus erneuerbaren Energien möglichst regional erzeugter Wasserstoff und nur geringe Mengen Biomasse unter strikter Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien eingesetzt werden.
- *Ist ein angestrebter Ausbau der Wärmenetze (Fern- und Nahwärme) mit entsprechenden Umsetzungsmaßnahmen (z.B. Unterstützung bei Betreibersuche für Nahwärmeinseln) hinterlegt?*
 - **Ja:** Um einen Ausbau der Wärmenetze zu realisieren, ist es elementar, konkrete Umsetzungsmaßnahmen hierfür in Abstimmung mit aktuellen und potenziellen weiteren Netzbetreibern zu formulieren.
 - **Nein:** Aus dem Wärmeplan selbst ergibt sich leider keine Verpflichtung zur Umsetzung für Kommunen oder Netzbetreiber. Umso wichtiger ist es für die Realisierung des Wärmenetzausbaus, konkrete Umsetzungsmaßnahmen in Abstimmung mit dem aktuellen Netzbetreiber und potenziellen weiteren Anbietern zu entwickeln.

Beispielsweise kann die Kommune bei der Betreibersuche für kleinere Nahwärmenetze unterstützen.

- *Passen die dargestellten Umsetzungsmaßnahmen mit der Potenzialanalyse bzw. dem Zielszenario zusammen? Hintergrund: Oft gibt es nur eine Sammlung von Maßnahmen, aber es ist nicht ersichtlich, ob und wie damit entscheidende Schritte in Richtung Klimaneutralität gegangen werden können.*
 - **Ja:** Die Handlungsempfehlungen setzen einen klaren und nachvollziehbaren Rahmen für die Dekarbonisierung in [Stadtname]. Viertel für Viertel und Schritt für Schritt ist ersichtlich, wie die Dekarbonisierung – sowohl im Bereich Fernwärmeumbau und -ausbau, als auch im dezentralen Bereich – umgesetzt werden soll.
 - **Nein:** Es fehlt ein klarer Plan für die Realisierung des angestrebten Ziels. Die Wärmeplanung als strategische Planung muss aber genau das leisten: Viertel für Viertel und Jahr für Jahr muss Planungssicherheit geschaffen werden, wie Wärmenetze dekarbonisiert und gegebenenfalls. ausgebaut werden, und wie und wo Bürger:innen selbst auf Wärmepumpen umstellen sollen, damit die Dekarbonisierung gelingt.

Integrierte Planung verankern

Die Wärmeplanung sollte die vorhandenen kommunalen Planungen integrieren. Dazu gehören Flächennutzungspläne, Bebauungspläne, städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungspläne. Dies stellt sicher, dass die unterschiedlichen Pläne und Maßnahmen Hand in Hand gehen und aufeinander aufbauen, um Synergien zu schaffen. Dazu gehört auch die Koordination mit den Stromnetzbetreibern für den Ausbau und die Optimierung des Stromverteilnetzes.

Sätze zur Prüfung:

- *Frage zu Flächennutzungsplänen: Wird ersichtlich, wo erneuerbare Anlagen für die Fernwärme entstehen sollen? Wo können für die zukünftige Wärmeversorgung zentrale Flächen gesichert werden – für die Wärmeerzeugung oder Wärmespeicherung?*
 - **Ja:** Wir befürworten, dass der Wärmeplan die Notwendigkeit adressiert, kommunale Flächen für die Erzeugung und Speicherung von Wärme zu sichern. Konkrete Maßnahmen werden eingeleitet beziehungsweise geprüft.
 - **Nein:** Aus dem Wärmeplan wird nicht ersichtlich, wie die zentralen Potenziale zur Dekarbonisierung der Fernwärme entwickelt werden sollen. Ohne die Sicherung von Flächen, zum Beispiel für

Solarthermie-Anlagen, Großwärmepumpen oder Speicher, wird die Wärmewende nicht gelingen.

- *Ist die klimaneutrale Wärmeversorgung Bestandteil kommunaler Bebauungspläne, d.h. wird sie bei neuen Bauvorhaben beachtet?*
 - **Ja:** Neue Bauvorhaben werden im Wärmeplan bereits integriert und in die Zukunftsszenarien eingeplant. Die dezentrale Versorgung (gegebenenfalls einfügen: über ein kaltes Nahwärmenetz) entspricht dem Effizienzstandard, den Neubauten mitbringen.
 - **Nein:** Es ist unklar, wie und ob Neubauvorhaben und Quartiere im Wärmeplan integriert sind. Sollte die Kommune Neubauprojekte oder Weiterentwicklungen von Quartieren vornehmen, sind diese – beziehungsweise ihre Wärmeversorgung – in der Wärmeplanung zu ergänzen.
- *Werden Energieeinsparungsmaßnahmen wie eine breit angelegte Sanierungsunterstützung im Quartier identifiziert und verbindlich geplant? Ist ersichtlich, wie die angenommene Effizienz (geringerer Wärmebedarf) in der Zukunft realisiert werden soll?*
 - **Ja:** Ohne energetische Sanierung wird es nicht gehen. Wir verbrauchen zu viel Energie und erneuerbare Wärme bleibt ein knappes Gut. Daher ist es essentiell, dass die Kommune die Unterstützung und Begleitung zur energetischen Sanierung in der Breite vornimmt.
 - **Nein:** Ohne energetische Sanierung wird es nicht gehen. Wir verbrauchen zu viel Energie und erneuerbare Wärme bleibt ein knappes Gut. Im Wärmeplan fehlen konkrete Maßnahmen, wie die im Wärmeplan angenommenen Energieeinsparungen umgesetzt werden sollen. Wir fordern daher konkrete Maßnahmen zur Unterstützung und Realisierung breit angelegter energetischer Sanierungsmaßnahmen, zum Beispiel über Quartierskonzepte oder die Einrichtung von sogenannten One-Stop-Shops.
- *Werden die Stromnetzplanung bzw. der -ausbau in der Wärmeplanung besprochen und Maßnahmen getroffen?*
 - **Ja:** Die Wärmewende bedeutet eine massive Umstellung von Verbrennungsprozessen auf erneuerbar produzierten Strom, mit dem Wärmepumpen effizient und klimaneutral Wärme erzeugen können. Durch den notwendigen starken Heizungsumbau wird die Stromnachfrage in den Quartieren stark steigen. Wir unterstützen die geplante Prüfung und den etwaigen Ausbau des lokalen Stromnetzes.

- **Nein:** Die Wärmewende bedeutet eine massive Umstellung von Verbrennungsprozessen auf erneuerbar produzierten Strom, mit dem Wärmepumpen effizient und klimaneutral Wärme erzeugen können. Durch den notwendigen starken Heizungsumbau wird die Stromnachfrage in den Quartieren stark steigen. Viele lokale Stromnetze können den Mehrbedarf bisher nicht decken. Daher sollte die Kommune frühzeitig mit dem Stromnetzbetreiber den bedarfsorientierten Ausbau koordinieren und in der Wärmeplanung basierend auf den festgelegten Szenarien beschließen und umsetzen.

Sozialverträgliche Wärmewende sicherstellen

Eine Heizung zu tauschen oder ein Haus zu sanieren kostet viel Geld. Auch machen Strom-, Gas- oder Wärmekosten für viele Menschen einen großen Teil der monatlichen Ausgaben aus. Werden diese Kosten für die Menschen kaum noch finanzierbar, spricht man von "Energiearmut". Mieter:innen sind davon besonders oft betroffen, denn sie haben keinen Einfluss auf die verbaute Heizung oder den Sanierungsstand des Hauses. Ihnen bleibt oft nichts anderes übrig, als wortwörtlich "zum Fenster rauszuheizen". Ein großes Problem ist außerdem, dass Vermieter:innen nach aktueller Gesetzgebung ihre Sanierungskosten auf die Mieter:innen umlegen können – die Mieterhöhung darf aber auch dann bestehen bleiben, wenn sich die Investitionskosten bereits amortisiert haben.

Sätze zur Prüfung:

- *Beinhaltet der Wärmeplan Aussagen darüber, wann das Erdgasnetz stillgelegt wird?*
 - **Ja:** Wir bewerten es als positiv, dass im Wärmeplan die perspektivische Stilllegung der Gasnetze thematisiert wird. Die Bürger:innen sollten jetzt über das finanzielle Risiko beim Einbau neuer Gasheizungen informiert werden. Dafür sollte die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Netzbetreiber ein Kommunikationskonzept erstellen, um breite Akzeptanz für einen schrittweisen Rückzug aus der Gasversorgung zu schaffen.
 - **Nein:** Der Wärmeplan lässt eine der tragenden Säulen der gegenwärtigen Wärmeversorgung komplett außen vor: die Gasverteilnetze. Dabei wird der Betrieb der Netze viel früher unrentabel, als der letzte Haushalt abgekoppelt wird. Wartet der Netzbetreiber ab, werden die Kosten für die letzten Gaskund:innen ins Unermessliche steigen. Der Ausstieg aus der Gasversorgung muss daher sorgfältig geplant werden und sollte von Kommune und Netzbetreiber gemeinsam vorbereitet werden. Im ersten Schritt sollte der Netzbetreiber je nach Teilgebiet untersuchen, wann die Gasnachfrage den wirtschaftlichen "Kipppunkt" erreichen wird. Dabei kann er sich zum Beispiel auf die Wärmeversorgungsgebiete im

Wärmeplan beziehen. Die Stadt sollte sich beim Netzbetreiber für eine geordnete, geplante Stilllegung der Gasnetze einsetzen und mit einem Kommunikationskonzept den Prozess unterstützen.

- *Werden Wasserstoffnetzgebiete oder Biomethangebiete in der Wärmeplanung ausgewiesen (für Privathaushalte/Industrie)?*
 - **Ja:** Wasserstoff und Biomethan sind teuer und stehen nicht in ausreichenden Mengen für Privathaushalte zum Heizen zur Verfügung. Sie sollten lediglich Anwendungen in der Industrie vorbehalten werden, die sich nicht elektrifizieren lassen (beispielsweise Prozesswärmebedarfe über 200°C). Bürger:innen sollte diese Scheinlösung keinesfalls präsentiert werden, da es sie in eine Kostenfalle lockt und falsche Anreize schafft, in neue Gasheizungen zu investieren. Wir sehen die Gefahr, dass beim (höchstwahrscheinlichen) Ausbleiben grüner Gase insbesondere Mieter:innen von den dann unvermeidlich teuren Gaspreisen betroffen sind, die aufgrund der CO₂-Bepreisung und steigenden Gasnetzentgelten entstehen.
 - **Nein:** Positiv anzumerken ist, dass weder Wasserstoff- noch Biomethangebiete ausgewiesen wurden, da die beiden Gase zu kostbar und damit zu teuer für Privathaushalte zum Heizen sind.
- *Beinhaltet die Umsetzungsstrategie verbindliche Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und das Schaffen von Beratungsangeboten?*
 - **Ja:** Wir begrüßen, dass die Stadt geeignete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit benennt und Beratungsangebote schaffen möchte. Die Stadt darf jetzt keine Zeit verlieren und muss diese Maßnahmen im Rahmen einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne schnellstmöglich umsetzen.
 - **Nein:** Wir bemängeln, dass in der Umsetzungsstrategie der Wärmeplanung **[keine / zu wenige wirksame]** Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit aufgenommen wurden. Dabei ist es von größter Wichtigkeit, dass die Bürgerinnen und Bürger über ihre Möglichkeiten beim Heizungstausch informiert werden und ihnen wichtige Eckdaten kommuniziert werden. Viele Haushalte müssen in den nächsten Jahren Investitionsentscheidungen treffen und sind auf die Unterstützung der Stadt angewiesen. Angemessene Maßnahmen wären zum Beispiel Informationsveranstaltungen für Bürger:innen in den Quartieren und das Schaffen von sogenannten One-Stop-Shops inklusive kostenloser Beratung.

- *Beinhaltet die Umsetzungsstrategie einkommensgestaffelte Förderprogramme für die Gebäudesanierung oder den Heizungstausch?*
 - **Ja:** Wir begrüßen, dass die Stadt eigene Haushaltsmittel für die Förderung von Gebäudesanierung und Heizungstausch zur Verfügung stellen möchte. Hier wird es darauf ankommen, ob und wie Förderanträge je nach Einkommen unbürokratisch eingereicht werden können.
 - **Nein:** Die Stadt könnte zusätzlich zu Bundes- oder Landesförderprogrammen eine eigene Förderrichtlinie für die Gebäudesanierung oder den Heizungstausch ins Leben rufen. Die Richtlinie sollte einkommensgestaffelt ausgestaltet sein, um besonders Menschen mit niedrigen Einkommen zu unterstützen.

- *Wird die Sanierung der Gebäude von kommunalen Wohnungsgesellschaften geplant?*
 - **Ja:** Es ist positiv zu bewerten, dass die Kommune die in ihrem Einfluss befindlichen Gebäude der Wohnungsgesellschaften sanieren möchte. Dabei sollte die Kommune auf eine warmmietenneutrale Umsetzung der Sanierung achten, um Mietende nicht mit steigenden Kosten zu belasten.
 - **Nein:** Die Kommune lässt die in ihrem Einfluss befindlichen Gebäude der kommunalen Wohnungsgesellschaften komplett außen vor. Dabei wäre es ihre Aufgabe, als Vorbild voranzugehen. Den kommunalen Wohnungsgesellschaften gehören etwa [XYZ] Prozent des Wohnungsbestandes in der Stadt. Sie verantworten damit einen substanziellen Bestandteil der Gebäude und sollten entsprechend eine großangelegte Sanierungsoffensive starten. Die Kommune sollte dafür eintreten, dass diese Sanierungen “warmmietenneutral” ablaufen, damit Mietende nicht überproportional mit steigenden Wohnkosten konfrontiert werden.